

## 2. DIE ENTSTEHUNG DER GESAMTHOCHSCHULE KASSEL - HOCHSCHULPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Christoph Oehler

### Zur Ausgangssituation in der Bundesrepublik

Der Entstehung der Gesamthochschulen liegen sehr unterschiedliche Konzepte zugrunde, die sich auch in unterschiedlichen Organisationsmodellen niedergeschlagen haben. Sie sind nur verständlich auf dem Hintergrund der bildungspolitischen und auch gesellschaftspolitischen Ziele der gesellschaftlichen Gruppen, die diesen Konzepten in der Reformphase seit Mitte der sechziger Jahre Gewicht in der Auseinandersetzung um den Hochschulausbau gegeben haben.

Die eine Gruppierung hat ihre Vorstellungen wohl am geschlossensten durch die Bundesassistentenkonferenz im sogenannten Kreuznacher Hochschulkonzept (1968) <sup>1</sup> und auf dem auf ihm aufbauenden Bergneustädter Gesamthochschulplan (1970) <sup>2</sup> artikuliert. Das Kreuznacher Hochschulkonzept ist Bestandteil eines bildungspolitischen Programms, das mehr Chancengleichheit und mehr Selbstbestimmung im Bildungswesen unter anderem mit Hilfe der strukturellen Zusammenfassung der Sekundarstufe bei gleichzeitiger innerer Differenzierung anstelle der überkommenen, eher selektiven Trennung der Bildungswege verwirklichen will. Deshalb soll einem System von Gesamtschulen die Zusammenfassung des Hochschulbereiches in integrierte Gesamthochschulen entsprechen. Diese umfassen zwar nur diejenigen Absolventen des Schulsystems, die eine Hochschulreife erworben haben. Immerhin sollen diese aber am Hochschulort ein nicht mehr nach Zugangswegen hierarchisch gegliedertes Angebot an wissenschaftlichen Ausbildungswegen vorfinden. Außerdem sollen der Übergang von dem - integrierten - allgemeinbildenden Schulwesen durch stärkere Förderung anstelle von Selektion quantitativ verbreitert und vor allem durch ein stärker integriertes Curriculum bis zum Abitur I die individuellen Bildungswege offener gehalten werden. Die zugrundeliegende Bildungsvorstellung ist die der Verwissenschaftlichung immer weiterer Lebensbereiche, die sich auch in den Lehrplänen niederschlagen und den Übergang zum Hochschulbereich bruchloser gestalten müsse. Dem entsprechen einzelne Reformmodelle für diesen Übergang, so der Zielsetzung nach der Evers-